

D) Dringliche Anträge

Wir kommen zu den dringlichen Anträgen. Und als erster Antrag liegt mir der dringliche Antrag von Klubobmann Manfred Eber vor und ich bitte den Antragsteller ans Rednerpult.

D.1) Verkauf von Ackerflächen bei der Land- und Forstwirtschaftsschule Alt-Grottenhof durch das Land

Klubobmann Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Antrag geht es um einen möglichen Verkauf von Ackerflächen bei der Land- und Forstwirtschaftsschule Alt-Grottenhof durch das Land Steiermark. Diese land- und forstwirtschaftliche Schule Alt-Grottenhof ist vielen von euch, von Ihnen, sicherlich auch persönlich bekannt. Vom Ackerbau über Rinder-, Schafe-, und Schweinezucht..

Ordnungsruf Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte um Aufmerksamkeit.

Klubobmann Eber:

..bis zu Fleischverarbeitung, Bäckerei und Käseerzeugung reicht die Palette des Lehrangebotes. Mittlerweile wird dieser Betrieb als Bio-Bauernhof geführt, die erzeugten Produkte kann man auch in einem hauseigenen Hofladen erwerben und am Samstag lädt die Land- und Forstwirtschaftliche Schule Grottenhof gemeinsam mit der Schule Grottenhof-Hardt zum Festakt „150 Jahre Grottenhof“ in die Grazer Oper. Allerdings sind Teile dieser biologisch bewirtschafteten Felder ernsthaft bedroht. Anscheinend soll ein Teil des Ackerlandes, nämlich 5 Hektar von der Polizeidirektion Steiermark westwärts für Verbauungszwecke verkauft werden. Mit dem Erlös möchte man den Ausbau von Landwirtschaftsschulen in der Steiermark finanzieren. Argumentiert wird, dass durch das Zusammenlegen der beiden Schulen Grottenhof-Hardt und Alt-Grottenhof zur dann gemeinsamen Schule Grottenhof genug Flächen zur Verfügung stünden und der Verkauf von 5 Hektar nicht weiter ins Gewicht falle.

Die Bautätigkeit hat gerade im Grazer Südwesten besonders in den letzten Jahren sehr stark zugenommen. Immer mehr Grünflächen, auch in diesen Gebieten, verschwinden. Die Begehrlichkeiten von Immobilienentwicklern sind also groß. Nicht nur die Schule selbst, sondern natürlich auch die Bewohner und Bewohnerinnen im Grazer Süden und Südwesten, schätzen diese wertvollen natur- und landwirtschaftlichen Flächen.

Es ist weder im Interesse der Grazerinnen und Grazer noch in jenem der Land- und Forstwirtschaftlichen Schule Grottenhof selbst, wenn diese wunderschönen und wertvollen Gründe verkauft und zur Aufstockung eines Investitionsbudgets im Land Steiermark geopfert werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung: Die Stadt Graz wendet sich im Petitionsweg an die Landesregierung Steiermark und den Steiermärkischen Landtag, mit dem Ersuchen, die Pläne zum Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen der Schule Alt-Grottenhof nicht weiter zu verfolgen. Ich ersuche um Zustimmung. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich übernehme wieder den Vorsitz und möchte vielleicht ein bisschen etwas aufklären. Ich hatte vor wenigen Tagen von der KPÖ wieder das Grazer Stadtblatt lesen, wo nicht nur auf der Titelseite, sondern auch auf den ersten beiden Seiten, Dinge behauptet wurden in einer Art und Weise, dass man sich nur wundern kann. Und, geschätzter Herr Klubobmann, ich habe das da heute mir herausgesucht, weil ich mir gedacht habe, schau, schau, was ist denn da los, was wird denn da alles bei euch geschrieben? Was macht ihr denn für eine Art von Politik, indem ihr, wenn ich so sagen darf, den Grazerinnen und Grazern, ohne nachzufragen, Dinge erzählt, die einfach alle nicht stimmen? Und zwar mehrfach nicht stimmen. Ich zitiere aus eurem Blatt: *„Ist einmal umgewidmet, sind der Bauwut Tür und Tor geöffnet. Wir werden alles tun, damit diese Umwidmung im Zuge des Flächenwidmungsplanes auf keinen Fall stattfindet, sagt KPÖ-Planungssprecher Manfred Eber.“*

Jetzt weiß ich nur, dass dieser Manfred Eber eigentlich wissen müsste, dass bei diesem Fläwi-Plan überhaupt keine Umwidmung diskutiert worden ist oder überhaupt nicht vorgenommen worden ist. Er appelliert an den Bürgermeister, diese Umwidmung zu verhindern. Wie wird denn da Politik gemacht? Was werden da die Menschen in Wetzelsdorf, in Straßgang, in Graz denken, wenn ihr solche Dinge schreibt? Die Landwirtschaftsschule Grottenhof feiert 150., nun sollen 5 Hektar Grünland an Wohnspekulanten verkauft werden, dieses wunderschöne wertvolle Land darf nicht Spekulationszwecken geopfert werden. Das sind doch alles, das ist eine Politik, wo man Unwahrheiten behauptet und dann sagt, ich habe nicht nur angezündet, sondern ich lösche auch gleich und mache dann einen dringlichen Antrag, dass da ja nichts passieren darf, usw.

Ich könnte dann noch vieles andere sagen. Jetzt droht die Verbauung, und, und, und. Ich habe mir gedacht, jetzt wäre es einmal spannend, aufzuklären den Gemeinderat, was denn das Land Steiermark mit diesen Flächen vorhat und habe mit dem Herrn Landesrat Seitinger gesprochen. Weil das Land Steiermark ja auch schon seit längerem diskutiert, wie es mit den landwirtschaftlichen Schulen weitergeht. Und gerade die Volkspartei, gerade der Siegfried Nagl, hat versucht, dem Land Steiermark jetzt mit dem Hans Seitinger, dass wir zu Lösungen kommen, wo wir richtig stolz sein dürfen. Und was hat der Hans Seitinger vor? Der hat sich den Schulbereich angeschaut und hat gesagt, ja, in Graz gibt es auch landwirtschaftliche Schulen und die möchte ich zukunftsfit machen und für die Zukunft absichern.

Das ist alles, was er gemacht hat. Er ist dann hergegangen und hat gesagt, wie schauen wir in der Schule Haidegg aus? In der Schule Haidegg hat es, glaube ich, das letzte Jahr nur mehr acht Anmeldungen gegeben. Ja, hat er gesagt, da müssen wir irgendetwas tun, und er schlägt vor, dass die ganzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Pädagogen, alle nach St. Martin kommen, und dass St. Martin mit der dreijährigen Schule richtig toll ausgebaut wird, dass dort diese Damen und Herren arbeiten werden, dass wir langsam jetzt auslaufen lassen die SchülerInnen, weil die Zahlen nicht mehr da sind und dass wir in Haidegg diesen wertvollen Bereich Ragnitz/Leonhard/Waltendorf, dass der gesichert bleibt und er hat ja dort auch das Zentrum für unseren Wein, wo wir die Zusammensetzung des Weines und wo es forschersisch zugeht, dort wird er alle übrigen Agrarbüros und so weiter zusammenlegen, damit dieser Standort dort neu ausgebaut und verbessert wird.

Dann hat er gesagt, was mache ich mit Alt-Grottenhof? 150 Jahre, wir werden es feiern. Hat mit denen gesprochen, und hat mit ihnen ein ganz, ganz tolles Konzept entwickelt. Alt-Grottenhof und Grottenhof-Hardt in unserer Nachbargemeinde werden als eine Schule künftig geführt. Und das wird das größte Bio-Ausbildungszentrum Österreichs, ein super Schwerpunkt. In Grottenhof-Hardt werden alle Tiere draußen sein, die Zucht – wie man heutzutage das macht – in Graz herinnen, wird auch mit Tieren, nämlich mit den Kühen – Mutterhaltung, Milchwirtschaft und das Umsetzung für den Käsebereich, Butter und Milch usw. – auch spezialisiert. Auch diese Schule wird Investitionen kriegen, wird ein Biozentrum. Und er wird noch etwas Tolles machen, und darauf können sich die Straßganger und Wetzelsdorfer und alle im Westen schon freuen: Es wird auch ein Biomarkt entstehen, alle Bioproduzenten der Steiermark werden dort hinliefern und man wird dort einkaufen können. Erstmals in Österreich aus einem ganzen Bundesland, so eine tolle Geschichte hat er vor und auch in Grottenhof-Hardt draußen wird einmal gezeigt, wie moderne Viehhaltung, Tierschutz und all diese Dinge ausschauen. Also ein ganz, ganz tolles Konzept. St. Martin profitiert, Haidegg wird abgesichert und Grottenhof auch. Dafür braucht er aber zig Millionen Euro und ist mit den Schulen herangegangen zu fragen, gibt es eine Chance, dass wir auch Einnahmen haben?

Man hat sich dann darauf geeinigt, dass man mit der Stadt einmal reden möchte, ob es doch zu einer Umwidmung dieses einen Quadranten, der noch hineinragt in unsere Verbauungsbereiche, ob es möglich wäre, da vielleicht einmal zu einer Umwidmung zu kommen. Ich habe gesagt, im derzeitigen Flächenwidmungsplan ist das nicht vorgesehen und mich würde es jetzt auch interessieren, da geht es um 45.000 m² -, umgerechnet, wenn das ein Baulandpreis wäre € 300, rund 15 Millionen Euro, das waren so die Vorstellungen auf Landesebene, was man da lukrieren könnte.

Ich habe gesagt, was glaubt ihr, was wir dort hinbauen können? Hat der Hans Seitinger gesagt, der größte Wunsch war doch jetzt immer in Graz, dass wir für sozialen Wohnbau etwas tun, und das könnten wir tun. Also ja nicht umwidmen, aber es gibt überhaupt niemanden, der jemals gesagt hat, da werden irgendwelche Spekulanten ein Grundstück kriegen, ganz im Gegenteil. Er hat mit Genossenschaften geredet, dass das vielleicht dorthin kommen könnte. Ich habe gesagt, könnte vielleicht, müssen wir aber erst reden, einmal passieren und ich habe überhaupt einen anderen Vorschlag gemacht und an dem werden wir noch arbeiten.

Mein Vorschlag ist, die Landeshauptstadt Graz soll dem Land Steiermark diese Flächen, wenn möglich, abnehmen und dass wir dann gezielt entscheiden, wie wir es entwickeln wollen, weil es gibt einen Wunsch oder er ist sogar doppelt vorhanden, dass Wetzelsdorf auf dieser Fläche auch ein neues Sportzentrum bekommen könnte, und ich möchte auch anmerken, dass der LUV die ganze Zeit schon Probleme hat mit den vielen Kindern und dem Ausbaubereich. Dort hätten wir endlich Flächen, wo man das tun können. Es ist an ein Ballsportzentrum gedacht, für die kleinen Bälle bis zum Fußball hin, vom Billard über Tischtennis, von Squash, Badminton bis zu Tennishallen, mit Gastronomie. Und daneben könnte der LUV sein Ausweichquartier auch wieder kriegen. Das heißt, wir verhandeln, dass etwas Gescheites herauskommt, ihr geht her, sagt den Menschen, Wahnsinn, was da passiert. Jetzt schon umgewidmet, ihr werdet die Welt retten. Das sind Projekte, die zukunftssträftig sind und die den Menschen im Bezirk Wetzelsdorf und Straßgang gut tun, weil die wünschen sich Zentren, die wünschen sich bei so vielen Bewohnerinnen und Bewohnern etwas, und das wäre noch ganz schlimm, wenn man dort dann vielleicht noch einen sozialen Wohnbau auch noch unterbringen könnten.

Das ist eine Überlegung, die das Land an uns herangetragen hat oder herantragen will, da stecken wir, wenn ich so sagen darf, noch in den Kinderschuhen, weil das Konzept des Landes noch gar nicht fertig beschlossen ist und ihr habt, ich sehe nur zwei Möglichkeiten, Politik zu machen, Ängste schüren oder Hoffnung geben. Wir möchten eher eine tolle Entwicklung dort haben. Das können wir mit den Bevölkerungen dort vor Ort dann auch machen und ich glaube, dass es viel gescheiter wäre, euren dringlichen Antrag heute möglichst zu versenken und dem nicht zuzustimmen und dass wir gemeinsam mit dem Land Steiermark weiter verhandeln und dann einmal schauen, ob wir so etwas Klasses auch umsetzen können. Wenn es nicht gewünscht sein sollte, umgewidmet ist noch nichts, und das dürften wir heute damit auch dieses Stadtblatt Lügen strafen, weil es war im Fläwi gar nicht vorgesehen und wenn der Herr Eber sagt, um Gottes Willen, er muss das verhindern und er bittet den Bürgermeister, frage ich schon, wer im Fläwi-Plan jemals einen Antrag gestellt hat jetzt auf Umwidmung. *(Applaus)*

Gut, als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Haßler. Ich darf ihn auch zum Rednerpult bitten.

Stadträtin Kahr:

Aus diesem Grund, weil eigentlich, ich muss das einfach korrigieren, weil deine Wortmeldung, man kann immer die Sachen so oder so interpretieren, bestätigen eigentlich die Sorge und den Dringlichkeitsantrag.

Zwischenrufe aus dem Auditorium.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Welcher Spekulant ist da im Spiel? Die Stadt Graz? Welcher Fläwi-Plan? Das ist nicht Geschäftsordnung, das ist Inhalt.

Stadträtin Kahr:

Es geht darum, dass 5 Hektar Bio-Ackerland beabsichtigt sind, in Hinkunft zu veräußern. Das ist der Punkt.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, aber das hat noch gar nichts damit zu tun, was ihr da drinnen für eine schlimme Beschreibung macht. Aber die ist auch Inhalt.

Zwischenrufe aus dem Auditorium.

Zwischenruf Gemeinderat Stefan Haberler, MBA, Dipl.-Betriebswirt:

Ihr fürchtet euch vor dem sozialen Wohnbau, so schaut es aus.

Zwischenruf von Stadträtin Kahr:

Wir würden nie einen sozialen Wohnbau auf Bio-Ackerland...

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich würde jetzt vorschlagen, wir sind in der inhaltlichen Debatte, das hat mit der Geschäftsordnung gar nichts zu tun, jetzt darf ich den Kollegen Haßler bitten.

Gemeinderat Mag. Haßler:

Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben heute offensichtlich eine sehr spannende Gemeinderatssitzung, weil die Situationen ändern sich ja fast minütlich heute im Gemeinderat. Wie ich den Antrag gelesen habe, habe ich mich zuerst einmal sehr gefreut, dass Alt-Grottenhof schon in den Bezirk Straßgang einverleibt wurde. Die Wetzelsdorfer wird es weniger freuen, wahrscheinlich. Gewundert habe ich mich auch, weil, wie der Herr Bürgermeister richtig sagt, ich gerade einer bin, der, glaube ich, jetzt seit über 10 Jahren dort gemeinsam mit dem LUV versucht, eine Lösung zustande zu bringen und eigentlich der Herr Landesrat Seitinger bisher immer gesagt hat, man will diese Flächen nicht hergeben. Also das war immer mein Stand, deshalb bin ich schon ein bisschen überrascht von der Entwicklung.

Zwischenfrage Bürgermeister Mag. Nagl: Positiv?

Gemeinderat Mag. Haßler:

Positiv überrascht, wenn es so kommt, wie du es jetzt gesagt hast. Also ich nehme es jetzt einmal so auf. Vielleicht sollten wir den Antrag wirklich zurückziehen und dann noch in Gespräche gehen. Weil eines ist für mich schon klar: Wenn es nicht diese Sportlösung gibt, diese Freizeitlösung dort, die ich mir sehr gut vorstellen kann, dann hätte ich schon ein Problem, weil dort noch einmal einen Wohnblock hinzubauen in einer dicht verbauten Gegend wie der Grottenhofstraße halte ich schon für ein bisschen problematisch und dort wäre schon mit der Wendeschleife usw. interessanter Bereich auch, wo man für den Westen von Graz sportmäßig etwas machen könnte. Also es hätte einen gewissen Charme, kann ich mir vorstellen, kann aber jetzt nicht mehr dazusagen, weil es, wie gesagt, jetzt alles erst ad hoc aufgetaucht ist. Ich weiß nicht, wie ihr jetzt damit umgeht. Ich denke schon, dass man sich zusammensetzen sollte, darüber reden sollte, weil eines muss uns auch klar sein, wir haben es ja auch im Gemeinderat noch in der Hand, weil die Umwidmung muss ja wieder durch den Gemeinderat gehen, und wir beschließen dann im Gemeinderat, was dort auf dieser Fläche passiert und ... (*unverständlich*)..., können wir es immer noch gestalten. Und wenn wir nicht einverstanden sind mit dem, was am Ende des Tages herauskommt, können wir noch immer alle gemeinsam Nein sagen. Weil die Gespräche aufhalten können wir ja sowieso nicht. Gut, in dem Sinn mein Vorschlag auch, dass wir vielleicht doch noch in eine weitere Gesprächsrunde gehen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, danke vielmals. Ich sage auch dazu, weil es im Land Steiermark diskutiert worden ist und die KPÖ das oben gehört hat und dann die Horrorgeschichten darüber verbreitet hat. Der Hans Seitinger und das Land Steiermark können dort keinen Quadratmeter verkaufen, ohne mit der Stadt Gespräche zu führen. Weil, wenn wir im Fläwi-Plan nichts umwidmen, ist das auch kein Land mit einem Preis von ein paar Euro. Da werden auch die Ausbaupläne und die Biozentren und das auch in keinster Weise mehr zu schaffen sein.

Zwischenruf Stadträtin Kahr: Dann kann man ja zustimmen. Genau das ist die

Bürgermeister Mag. Nagl: Nein, das ist es nicht. Ihr habt versucht zu löschen, was ihr selbst angezündet habt und zwar gleich in der Bevölkerung und für eine Regierungsfraktion, die zwei Stadtsenatsmitglieder hat, wäre vielleicht eine Frage vorher einmal auch mal nicht schlecht gewesen: Wie schaut denn das überhaupt künftig aus? Weil dann hätten wir gleich eine Antwort geben können. Das Land erarbeitet gerade eine solche tolle Konzeption, die Graz gut tun wird. Und ihr macht daraus, aber das ist ja eh ein System zu sagen, Gottes Willen, und wir löschen gleich und wir passen auf, dass da nichts passiert. Das tun wir alle gemeinsam. Und der Fläwi-Plan zeigt das sehr deutlich. Und wir haben schon einmal eine Tennisidee gehabt und vorher einmal eine Fußballidee und ich habe damals auch wieder zurückgewidmet, weil ich gesagt habe, das brauche wir nicht, ganz im Sinne dessen, was der Herr Gemeinderat Haßler auch gerade gesagt hat.

Weil wir haben schon viel gebaut draußen und jetzt, glaube ich, braucht ihr auch sowas wie ein Zentrum, Sport, die LUV-Geschichte könnten wir entwickeln. Ich weiß ja nicht einmal, ob das LUV-Konzept so gescheit ist, um das auch einmal da zu sagen. Weil LUV hat immer gesagt, wir verkaufen dann unseren jetzigen Fußballplatz, kriegen dann einen neuen und mit dem Verkauf würden dort wieder Wohnungen entstehen.

Ich bin ja heute der Meinung, dass es wahrscheinlich gescheiter sein wird, auch diesen alten LUV-Platz nicht zu verkaufen, weil wir immer mehr Kinder haben, immer mehr Sport und wahrscheinlich werden wir zwei Fußballplätze draußen brauchen und das wäre eigentlich die Stoßrichtung, in die wir reden müssen. Da brauchen wir dann den Kollegen Riegler dazu und die Finanzierungskonzepte. Aber das, glaube ich, sollte die Stoßrichtung sein, dem LUV diese Entwicklungsmöglichkeiten geben. Weil die haben so viele Kinder, dass sie schon gar nicht mehr wissen, wie sie ihr Training abhalten sollen.

(Applaus)

Zur Dringlichkeit noch Wortmeldungen? Bitte, Kollege Dreisiebner.

Klubobmann Dreisiebner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Darstellungen Ihrerseits, Herr Bürgermeister. Wir waren da natürlich auch nicht sicher, wir sind auch mit solchen Anfragen schon konfrontiert gewesen. Ich nehme an aufgrund der schon doch sehr breit diskutierten medialen Arbeit. Wir wissen, dass die Macht bei uns ist, um es mit dem Krieg der Sterne ein bisschen frei zu sagen, wir haben diese Hoheit über die Raumordnung, über die Stadtentwicklungskonzept- und Flächenwidmungsplanänderung. Das macht mich einerseits sehr froh, und ich hoffe, dass wir dann auch alle uns mehrheitlich, ausreichend mehrheitlich, dann darauf verständigen können, dass das kein Bauland werden soll, sondern dass es anderen Nutzungen zukommen soll. Sofern, es eben einen Besitzwechsel geben wird. Schön wäre, wenn wir diese Informationen, die der Herr Bürgermeister erhalten konnte, auch alle irgendwann einmal bekommen könnten. Das ist auch einmal ein Vorschlag, den ich hier mitgeben möchte. Vielleicht gibt es da einmal einen geeigneten Rahmen dafür. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil es jetzt nicht dringlich ist. Inhaltlich bin ich trotzdem beim Antragsteller und seiner Fraktion ein Stück weit dankbar dafür, dass man hinschaut, weil wegschauen, da hat man dann auch öfter blaue Augen, sorry, beziehungsweise hat irgendeine Überraschung erlebt.

(Applaus)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Dann darf ich den Antragsteller zum Schlusswort bitten.

Klubobmann Eber:

Es ist richtig, der Flächenwidmungsplan müsste im Falle eines Verkaufs und einer geplanten Umwidmung natürlich geändert werden und genau das ist ja auch der Punkt gewesen in diesem Artikel. Was durchaus interessant ist, oder wo ich glaube, dass es wichtig ist hinzuschauen, wie es der Kollege Dreisiebner meint, ist Folgendes: Die landwirtschaftlichen Nutzflächen als solche sind sie ja derzeit auch ausgewiesen und in Verwendung sozusagen, sind meines Erachtens notwendig für die Schule und auch für die Bevölkerung.

Und jegliche Änderung, die verbunden ist mit einer zumindest teilweisen Verbauung, und so hat sich das ja auch für mich angehört, so wie Sie das geschildert haben, Herr Bürgermeister, sehe ich äußerst skeptisch, auf alle Fälle. Und wie Sie selbst gesagt haben, es hat in der Vergangenheit ja auch bereits Pläne gegeben mit verschiedenen Sportnutzungen, die zum Glück abgewendet werden konnten. Auch wenn es ein Fakt ist, dass der LUV bestimmte Flächen braucht und Trainings- und Sportmöglichkeiten es dort braucht, glaube ich nicht, dass gerade diese landwirtschaftlichen Flächen dafür geeignet sind. Von daher halten wir am Antrag selbstverständlich fest. Dankeschön. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gut, bitte festhalten. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand für die Dringlichkeit. Gegenprobe. Dringlichkeit ist nicht angenommen.

Dringlichkeit und Antrag wurden gegen die Stimmen der KPÖ abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag. Dann die Verdachtsfälle von illegaler Doppelstaatsbürgerschaft, ein dringlicher Antrag vom Klubobmann Mag. Armin Sippel.

D.2) Verdachtsfälle von illegaler Doppelstaatsbürgerschaft

Klubobmann Mag. Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ein Thema, das uns in den letzten Tagen österreichweit beschäftigt, uns aber auch selbstverständlich auch in Graz zu beschäftigen hat. Ausgegangen ist das Ganze ja bei dem Referendum, das in der Türkei stattgefunden hat vor gut einem Monat, wo auch insgesamt ca. 100.000 türkische Staatsbürger, die in Österreich leben, wahlberechtigt waren. Ich meine, das Wahlergebnis ist uns noch allen in Erinnerung, 73 % der hier lebenden Türken haben Erdogan bekräftigt in seinem Vorhaben. Das muss man sich auch einmal überlegen, welche Leute wir da eigentlich da haben. Die genießen unseren freien Rechtsstaat, unsere Demokratie und stimmen gleichzeitig für die Einführung de facto der Diktatur in ihrem Heimatland. Also das ist wirklich eine Entwicklung, die uns Sorgen bereiten sollte und was ist der nächste Schritt? Der nächste Schritt wird ein Referendum sein, wo es um die Todesstrafe gehen wird. Und ich möchte das nicht erleben, dass Menschen, die bei uns aufhältig sind, keine österreichischen Staatsbürger, so möchte man meinen, dann für die Todesstrafe in ihrem Heimatland abstimmen.

Also das ist etwas, was sich unser Staat nicht erlauben darf und mit diesem Referendum ist es auch dazu gekommen, dass es natürlich Wählerevidenzlisten dafür gibt und da gibt es jetzt auch Verdachtsfälle, dass es hier um Doppelstaatsbürger geht. Und das gilt es zu prüfen. Der FPÖ, und ich bin selbst Mitglied der Bundesparteileitung der freiheitlichen Partei, wurde diese Evidenzliste der Wähler zugespielt. Es hat in Oberösterreich beispielsweise der dort zuständige Landesrat, nämlich für das Staatsbürgerschaftswesen zuständige Landesrat, Elmar Podgorschek, sofort auch die Behörden eingeschaltet. In der Steiermark ist ja der Landeshauptmann Schützenhöfer für das Staatsbürgerschaftswesen zuständig. Und ich habe hier heute die Liste auf einem Stick der Namen, die in Graz auf diesen Wählerevidenzlisten auch aufscheinen und damit ist auch in Wirklichkeit der Rechtsgrund geschaffen für die Behörden, für die Evidenzstelle der Stadt Graz, die ja im übertragenen Wirkungsbereich tätig ist, hier auch tätig zu werden. Ich muss sagen, das ist natürlich eine Geschichte, die unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu erfolgen hat.

Das heißt, selbstverständlich hat niemand von uns, und auch ich nicht, Einblick genommen in diese Liste, sondern wir werden sie auch über die Zuständigkeit des Herrn Vizebürgermeisters ordnungsgemäß den Behörden übergeben. Und da schließt sich an diese ganze Thematik noch ein weiterer Punkt an, der nicht außer Acht zu lassen ist. Nämlich die Frage des Sozialmissbrauches, der mit dem ganzen Thema verbunden ist, weil, wenn jemand illegalerweise die österreichische Staatsbürgerschaft hat und dadurch Sozialleistungen bezieht, dann ist das illegal und das ist ja nicht ein Kavaliersdelikt, sondern das ist eine Straftat, die mit bis zu 3 Jahren Haft auch geahndet werden kann. Und ich glaube vor dem Hintergrund sollten wir hier als Gemeinderat dem Ganzen noch einmal Nachdruck verleihen, dass jetzt über das Land die Grazer Behörden, sprich die Evidenzstelle, auch aktiv werden kann.

Der Rechtsgrund ist mit der Übergabe der Listen, was wir morgen vornehmen werden, auch geschaffen. Es hat aber auch anscheinend die Ankündigung dieses dringlichen Antrages schon dazu geführt, dass jetzt das zuständige Amt der Landesregierung gesagt hat, wenn es Verdachtsfälle geben sollte, dann können die Behörden in Graz im übertragenen Wirkungsbereich auch tätig werden. Das heißt, das ist im Prinzip schon ein ganz wichtiger Punkt, den ich auch in meinem Antrag beantragt habe.

Nichtsdestotrotz ist es durchaus sinnvoll, noch einmal von Grazer Seite aus diese Petition auf den Weg zu schicken. Deshalb stelle ich folgenden dringlichen Antrag: Der Landtag Steiermark wird am Petitionswege ersucht, im Sinne des Motivenberichtes alle nötigen Schritte einzuleiten, um die Vollziehung des Staatsbürgerschaftsgesetzes auf allen Ebenen der Verwaltung zu intensivieren. Um eine rasche und effektive Aufklärung vermeintlicher Missbrauchsfälle im Zusammenhang mit der österreichischen Staatsbürgerschaft und der Inanspruchnahme von Sozialleistungen des Staates zu gewährleisten, werden die zuständigen Stellen des Landes ersucht, die Zusammenarbeit mit den untergeordneten Gebietskörperschaften – insbesondere der Stadt Graz – zu forcieren.

Ich bitte um Annahme (*Applaus*)

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Gemeinderat Fabisch, bitte.

Gemeinderat Mag. Fabisch:

Werter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, werter Antragsteller! Beruhigen wir uns ein bisschen. Ich glaube, wir finden das so, dieser Antrag scheint uns ziemlich überflüssig, um nicht zu sagen, äußerst anmaßend. Ich darf Sie beruhigen, diese Causa geht selbstverständlich, diese Causa, diese angeschnitten haben, die Sie thematisiert haben, selbstverständlich sowieso ihren rechtlichen gesetzeskonformen Gang. Wir haben in Österreich auf allen Ebenen sehr gut ausgebildete und fleißige Beamte, die für die Einhaltung der Gesetze sorgen. Die brauchen keinen Zuruf aus dem Grazer Gemeinderat, der ihnen sagt, was sie zu tun haben oder dass sie mehr oder schneller oder effektiver arbeiten sollten. Fakt ist eher, dass wir uns dafür einsetzen müssen, den Personalstand in diesen Bereichen deutlich zu erhöhen, da die Verwaltungsaufgaben jährlich zunehmen und viele Kollegen und Kolleginnen am Limit arbeiten. Also die Rede vom schlanken Staat und der Applaus, den viele Politiker für einen vielleicht erreichten Aufnahmestopp einsammeln wollen, erscheint uns deplatziert. Von unserer Seite daher keine Zustimmung zu diesem nicht dringlichen, sondern eher unglücklichen Antrag. Dankeschön (*Applaus*).

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Klubobmann Ehmman, bitte.

Klubobmann Ehmman:

Herr Vizebürgermeister, Frau Stadträtin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Antragsteller! Ja, es ist natürlich, Kollege Fabisch hat völlig Recht, was die Kontrolle betrifft, was Personalausstattungen betreffen. Ich finde es auch ein bisschen seltsam, Listen auf Sticks zu haben, entsprechend der Wählerevidenz betreffend, aber unabhängig davon und auch wenn das durchaus natürlich absolut oder schon erkennbar als populistischer Antrag zu sehen ist, aber der Grundsatz dem Vernehmen nach besteht schon, dass man im Zusammenhang mit der Doppelstaatsbürgerschaft von einem unhaltbaren Zustand hier spricht, nämlich hier auch offensichtlich keinen entsprechenden Überblick zu haben. Ich glaube, das muss auch hier besser evaluiert und kontrolliert werden und die Staatsbürgerschaft ist ja doch ein Bekenntnis und nicht etwas, was man sammelt wie Briefmarken, möchte ich einmal so salopp sagen. Aber die Rechtsgrundlage, welche im Staatsbürgerschaftsgesetz geregelt ist, lässt eben keine Doppel- oder Mehrfachstaatsbürgerschaften zu, das ist der Punkt.

Lediglich in Sonderfällen kann dieses Grundsatzgesetz durchbrochen werden. Aber auch hier muss die Bewilligung der Beibehaltung vor der Beantragung der fremden Staatsbürgerschaft erfolgen, da ansonsten der Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft eintritt. Ja, populistisch zum einen, inhaltlich kann man streiten, die Doppelstaatsbürgerschaft, Mehrfachstaatsbürgerschaft ist trotzdem illegal. Deswegen werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Gemeinderätin Wutte, bitte.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Vorausschicken möchte ich, dass auch wir die Entwicklungen in der Türkei hin zu einem autoritären Staat mit großer Besorgnis sehen. Schon lange treten wir, also auch die Grazer Grünen, als sehr scharfe Kritiker des Systems Erdogan auf. Beispielsweise haben wir, als bekannt wurde, dass im UCI ein Propaganda-Film gezeigt werden soll, uns gemeinsam mit vielen anderen gleich dort gemeldet und auch bewirkt, dass der Film vom Programm genommen werden soll. Also da, glaube ich, gibt es viele Übereinstimmungen unter uns. Wo ich aber ganz anderer Meinung bin, ist, dass die Doppelstaatsbürgerschaften, die eben durch das Referendum in der Türkei ans Licht der Öffentlichkeit gerückt sind, dürfen eben aus unserer Sicht nicht zu einer pauschalen Aberkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft oder zu einer Freiheitsstrafe führen. Viele Menschen wussten entweder gar nicht, dass sie eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, oder sind sich auch der rechtlichen Konsequenzen nicht bewusst gewesen. Deswegen ist es aus unserer Sicht verfehlt, diese Menschen unter den Generalverdacht einer Erschleichung der Staatsbürgerschaft zu stellen. Als Alternative möchte ich noch einmal auf unseren Vorstoß auf Bundesebene hinweisen, dass diesen Menschen stattdessen eine sechsmonatige Übergangsfrist gewährt werden soll. Und in dieser Übergangsfrist soll die Möglichkeit bestehen, dass man sich bei den Behörden meldet, die doppelte, also die zweite Staatsbürgerschaft zurücklegt und dann straffrei bleibt, ja. Also das wäre, denke ich, eine saubere Lösung für das Problem, wo Leute einfach eine Möglichkeit haben, sich freiwillig zu melden, ja.

Ich denke auch, dass wir mittelfristig, das können wir natürlich jetzt nicht im Gemeinderat lösen, dennoch möchte ich es anbringen, das Thema Doppelstaatsbürgerschaften neu diskutieren sollten. In vielen europäischen Ländern, also zum Beispiel Frankreich oder Großbritannien, sind Doppelstaatsbürgerschaften grundsätzlich möglich. Es ist eine andere Debatte und es gibt sowohl Argumente, die für als auch Argumente, die gegen Doppelstaatsbürgerschaften sprechen. Dennoch möchte ich jetzt noch mir diesen Hinweis erlauben, dass gerade hier in Graz, wo wir eine sehr große kurdische Community haben, die sehr Erdogan-kritisch ist, das Türkei-Referendum ganz anders ausgegangen wäre, wenn diese Menschen die Möglichkeit gehabt hätten, mitzustimmen. Aus den genannten Gründen können wir dem Antrag weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Gemeinderat Swatek, bitte.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Gemeinderäte, liebe Gemeinderätinnen und liebe Zuseher! Ich möchte vorweg festhalten, dass ich natürlich auch der Meinung bin, dass rechtliche Bedingungen immer eingehalten werden müssen und wenn es zu Missbrauchsfällen kommen sollte, die auch kontrolliert werden. Ich muss aber ehrlicher Weise sagen, dass ich gegen die Dringlichkeit des Antrages stimmen werde aus dem Grund, dass dieser USB-Stick angeblich weder von dir noch von sonst jemandem in eurer Fraktion geöffnet wurde und ich daher nicht weiß, ob er leer ist oder ob der überhaupt echtes Datenmaterial enthält. Also sehe ich insofern keine Dringlichkeit. (*Applaus*)

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich den Antragsteller zu seinem Schlusswort.

Klubobmann Mag. Sippel:

Ja, wir sind an Aufdeckung interessiert. Mehr noch, wir sind an der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit interessiert und das unterscheidet uns anscheinend auch von den Grünen. Das ist beste Peter-Pilz-Manier, zumindest in dieser Themenlage, nämlich das ist Vertuschung.

Ihr hättet jetzt die Möglichkeit gehabt, nach langem wieder einmal positiv aufzufallen, wir wissen ja, die Querelen in der grünen Partei, ihr habt die Chance leider nicht genutzt. Was die KPÖ betrifft, also argumentativ seid ihr ein bisschen in der Stratosphäre unterwegs, also wir wissen ja, da ist die Luft relativ dünn, aber ihr habt auch anscheinend kein Interesse an Aufklärung und es braucht sehr wohl die Politik in diesem Fall. Weil uns ist die Liste von einem Informanten zugespielt worden und damit ist der Rechtsgrund geschaffen worden, damit die Behörden überhaupt aktiv werden können und ich glaube, das ist das Entscheidende. Aber ich gebe dir schon Recht, Andreas Fabisch, natürlich müssen wir da auch in der Verwaltung Sorge tragen, dass genug ja auch Arbeitsplätze und Stellen zur Verfügung stehen, um diesen Aufwand auch bewerkstelligen zu können.

Es wird ein Aufwand auf die Behörden zukommen. Weil es sind sehr viele, und ca. 20 % der türkischen Staatsbürger auf unserem Gebiet stehen in Verdacht, auch die österreichische Staatsbürgerschaft illegaler Weise zu besitzen. Und da wird es viel Arbeit geben und da gebe ich dir Recht, da müssen wir auch für die Ressourcen sorgen, dass das ordnungsgemäß erledigt werden kann. Und es ist halt leider so, dass die türkischen Behörden nicht kooperativ in diesem Sinne sind. Wir wissen nicht, wer auf unserem Staatsgebiet auch in Konsulate oder Botschaften geht und dort die Stimme abgibt. Diese Namen bekommt man auch auf offiziellem Wege nicht, die liegen der Republik Österreich nicht vor, und deswegen ist es auch gut, dass es so geschehen ist, dass uns diese Liste zugespielt worden ist und damit der Rechtsgrund geschaffen worden ist, dass jetzt die Behörden auch tätig werden können. Und was das Staatsbürgerschaftsrecht betrifft, natürlich müssen wir da diskutieren, da gibt es eben auch einige Versäumnisse, die behoben werden müssten, beispielsweise wenn es darum geht, türkischer Vater, österreichische Mutter, dann ist es so, dass das Kind in der Regel ein Doppelstaatsbürger ist. Aber da könnte man dann ähnlich, wie das in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist, dann auch darangehen, dass es mit neunzehn oder achtzehn, mit der Volljährigkeit, dann eine Entscheidung geben muss, für welchen Staat man sich entscheidet. Weil beide Staatsbürgerschaften, das ist, glaube ich, etwas, was in der heutigen Zeit nicht nachvollziehbar ist und auch nicht unseren Gesetzen entspricht. Ich sage danke für die, die dem Antrag Folge leisten und damit einen Beitrag zur Aufklärung dieser illegalen Aktivitäten und dieser illegalen Thematik rund um die Doppelstaatsbürgerschaft leisten. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich bringe die Dringlichkeit zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Das ist die Mehrheit, dankeschön.

Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen gegen die Stimmen der KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos.

Möchte jemand zum Antrag selbst das Wort? Das ist nicht der Fall, dann bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Bitte um die Fürstimmen. Ich danke, auch hier ist er angenommen. Dankeschön.

Antrag mit Mehrheit angenommen gegen die Stimmen der KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos.

Wir kommen zum nächsten Dringlichen. Er liegt mir vor von Seiten der SPÖ, wenn mich jetzt nicht alles täuscht. Jawohl. Von den Grünen, Entschuldigung, habe ich mich verblättelt, danke. Frau Gemeinderätin Ussner, bitte.

D.3) Maßnahmen gegen „Dooring“-Unfälle

Gemeinderätin Ussner:

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, auf ein Neues! Liebe Zuschauer auf der Tribüne! Sehr geehrter Herr Stadtsenat! Mein dringlicher Antrag heute lautet zum Thema Dooring. Da ich glaube, dass das vielleicht nicht jedem ein Begriff ist, möchte ich das kurz erläutern. Da geht es darum, das ist eine Unfallart eines Radfahrers oder einer Radfahrerin mit einer abrupt geöffneten Autotür. Man kennt es auch aus dem Film oder aus der Serie „Kottan ermittelt“, als Kottan-Unfälle. Diese Unfälle häufen sich in Graz und führen sogar dazu, dass in unserer Stadt regelmäßig Menschen daran sterben.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio: Bitte um Aufmerksamkeit, danke.

Gemeinderätin Ussner:

Danke. ...regelmäßig Menschen daran sterben. Also 2015 sind in Graz zwei Menschen an Dooring-Unfällen gestorben, letztes Jahr war es eine Person und auch heuer gab es bereits Dooring-Unfälle mit schwer verletzten Menschen. Mir ist auch persönlich so ein wichtiges Thema oder so ein dringliches Thema, weil auch von meinem persönlichen Umkreis viele Menschen, oder einige Menschen, bereits jetzt Dooring-Unfälle gehabt haben und sogar vor ein paar Wochen eben eine gute Freundin von mir auf einer Strecke, die ich selbst jeden Tag fahre, einen Dooring-Unfall erlitten hat und daraufhin eine Gehirnblutung gehabt hat. Solche Unfälle häufen sich eben in Graz und laut Unfallstatistiken passieren über zehn Prozent der Radunfälle mit Verletzungsfolgen aufgrund von Dooring-Unfällen, also wegen AutolenkerInnen, die unachtsam abrupt ihre Autotüre öffnen.

Unsere Stadt hätte zwar durch die geografischen Bedingungen und durch ihre Größe ein sehr großes Potenzial, zu einer Fahrradstadt zu werden, aber dafür muss Fahrradfahren auch sicher werden, und darf keine Gefahr darstellen. Die Verantwortung dafür, auch die passende Infrastruktur herzustellen, wurde in den letzten Jahren stark vernachlässigt und beeinträchtigt somit jetzt die Sicherheit jener Menschen in Graz, die sich mit dem Rad fortbewegen möchten. Es gibt unterschiedliche Maßnahmen, wie Dooring-Unfälle präventiv verhindert werden können. Da möchte ich nur ein paar kurz aufzählen: eines davon ist der Dutch Reach, das ist eine in den Niederlanden geborene Strategie, bei der Fahrschüler und Fahrschülerinnen gleich am Anfang lernen, die Autotür mit der Hand zu öffnen, die nicht auf der Seite der Türe liegt. Dadurch dreht sich der Oberkörper mit und man übersieht die herannahenden Radfahrer und Radfahrerinnen nicht so leicht.

Es gibt die Bodenmarkierung Sharrow. Diese Art von Bodenmarkierung beschreibt eben einen Fahrradstreifen, der mit ausreichend Abstand zum Parkstreifen am Boden aufgezeichnet ist. Beispiele, wie es nicht sein soll, haben wir in Graz genug. Ein berühmtes Beispiel ist die Zinzendorfgasse.

Weiters gibt es die Möglichkeiten, Kampagnen zur Bewusstseinsbildung zu starten, bei denen allen Verkehrsteilnehmern und allen Verkehrsteilnehmerinnen bewusst gemacht wird, dass es mehr Sicherheit für alle bedeutet, wenn Abstand eingehalten wird und wenn sich alle achtsamer im Verkehr verhalten. Es ist einfach eine kontinuierliche Aufklärung über dieses Thema notwendig, um die Unfälle, und im Falle der Stadt Graz auch Todesfälle, zu minimieren.

Das kann eben durch Kampagnen oder durch das Sichtbarmachen des Problems passieren. Eben beispielsweise durch dementsprechende Schilder oder Bodenmarkierungen. Im Sinne dieses Motivenberichtes möchte ich den dringlichen Antrag an die Frau Stadträtin Kahr stellen:

1. Der Gemeinderat tritt an Verkehrsstadträtin Kahr mit dem Ersuchen heran, eine umfassende Erhebung und Analyse der Gefahrenstellen bzgl. Dooring in Graz bis Juli 2017 durchzuführen.
2. Dem Ausschuss für Verkehr soll in der Ausschusssitzung im September 2017 ein Informationsbericht zur Diskussion vorgelegt werden, der über die Ergebnisse der Gefahrenanalyse sowie über die möglichen Präventions- und Verbesserungsmöglichkeiten informieren soll.
3. Darüber hinaus wird die Verkehrsstadträtin ersucht, gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung die Möglichkeit einer umfassenden Kampagne zur Bewusstseinsbildung für alle Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen zu prüfen, die möglichst im Jahre 2018 stattfinden sollte, also die Kampagne. Dazu soll dem Ausschuss für Verkehr sowie gegebenenfalls dem Gemeinderat ein Beschlussstück bis Herbst 2017 vorgelegt werden. Dankeschön.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke sehr. (*Applaus*)

Frau Stadträtin Kahr, bitte.

Stadträtin Kahr:

Ja, ich kann das ganz kurz und bündig machen. Die KPÖ wird dem Dringlichkeitsantrag zustimmen als Fraktion und den Inhalt nehme ich gerne in allen drei Punkten auf. Zwei Punkte davon sind mit meiner Abteilung auch schon so besprochen, und bis zum Herbst können wir sicher dieses Ergebnis vorlegen. Das Einzige, irgendwas war da im Juli wegen der Gefahrenanalyse, das kann ich nicht versprechen, aber alle inhaltlichen Punkte d'accord, sehe ich genauso. Auch die Kollegen in der Abteilung, und kommen wir gerne nach.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön. (*Applaus*)

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Topf, bitte.

Gemeinderat DI Topf:

Ja, werte Antragstellerin. Wir sehen die Dringlichkeit eigentlich auch nicht genau aus den Ausführungen, die die Frau Stadträtin jetzt bereits gemacht hat. Wie gesagt, wo wir auch ein Problem sehen, das ist insbesondere der Punkt eins.

Das ist also für mich relativ oder für uns relativ schwer nachvollziehbar, dass wir eine umfassende Erhebung und Analyse aller Gefahrenstellen bzgl. Dooring, das ist also nicht möglich, denn überall, wo ein Radfahrer bei einem Auto vorbeifährt, ist eine Gefahrenstelle. Also ich sehe da im Punkt eins kaum eine Möglichkeit sozusagen, besonders die Punkte herauszuarbeiten, die also besonders gefährlich sind, denn überall dort, wo ein Auto steht, wo jemand parkt und aussteigt und ein Radfahrer vorbeifährt, ganz gleich, ob das ein Radfahrweg wäre oder kein Radfahrweg, ist eine Gefahrenstelle. Also ich appelliere schon da sehr stark auch an die Selbstverantwortung der Autofahrer, die ja in der Fahrschule und überall darauf aufmerksam gemacht werden, dass man beim Aussteigen schauen sollte, ob da jemand vorbeifährt. Also ich denke, ich denke, auch dieser 1,3 m breite Streifen als Sicherheitsstreifen, wo bringen wir das tatsächlich in unserem Verkehrsraum unter, also das ist etwas, was wirklich schwierig umzusetzen ist. Die Dringlichkeit ist für uns nicht gegeben.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön. (*Applaus*)

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Gemeinderat Muhr.

Gemeinderat Mag. (FH) Muhr, MSc:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, Graz ist eine wachsende Stadt und sie wächst stetig und ebenso wächst natürlich auch der Verkehr. Und mit dem Verkehr wächst natürlich auch das Risiko der Unfälle. Darum ist für unsere Fraktion die Dringlichkeit des Antrages natürlich gegeben und wir werden dem auch zustimmen. Ich bin ja selbst Radfahrer und bin sehr viel unterwegs in Graz. Es gibt sehr, sehr viele Stellen, da gebe ich dem Herrn Gemeinderat Topf Recht, dass man bei den Autos, wenn man dort vorbeifährt, unzählige Stellen. Aber es gibt schon spezielle Gefahrenpunkte, die mehr frequentiert sind als andere. Also nicht jede Straße ist gleich frequentiert, das muss man sagen. Da findet man schon gewisse Straßen heraus, wo man das wirklich punktiert vielleicht einmal anschauen kann. Aber uns ist auch der Punkt 3 ganz, ganz wichtig. Und zwar da geht es um das Bewusstseinsbilden, und zwar von allen Verkehrsteilnehmern und nicht nur von den Radfahrern, sondern auch von den Autofahrern und auch von den Fußgängern. Weil, was sich ab und zu da in der Schmiedgasse abspielt, muss man sich halt auch einmal zu Gemüte führen, und zwar da fahren sogar Radfahrer gegeneinander zusammen. Also es ist da, glaube ich, dringend notwendig, so eine Kampagne zu starten. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die..., achja, Entschuldigung, ja, Schlusswort.

Gemeinderätin Ussner:

Lieber Herr Ing. Topf, ich muss Ihnen da, glaube ich, widersprechen. Ich glaube schon, dass das möglich ist. Ich habe selbst innerhalb von einer Lehrveranstaltung, zusammen mit einer anderen Person, zwei ganze Bezirke in der Stadt Graz mit jeder Straße, analysiert, eben auf Gefahrenstellen für Radfahrer und Radfahrerinnen und es waren damals aber fünf Kriterienpunkte. Wir haben es zu zweit nebenbei auch geschafft neben zahlreichen anderen Dingen, die zu tun waren, also ich glaube, dass die Stadt Graz das dann mit ihren sehr fähigen Stellen auch hinbekommen würde.

Es ist, glaube, ich kein Ding der Unmöglichkeit und sonst könnte man sich ja zum Beispiel auch Kriterien überlegen, dass man sagt, man nimmt die Hauptradverkehrsrouten her, also ich finde, das ist jetzt nicht unbedingt ein Grund, dem nicht zuzustimmen. Ich möchte nur noch einmal einen Fokus auf das Thema Sicherheit bringen, weil das ja eigentlich, dachte ich schon, das Hauptthema der ÖVP ist, aber vielleicht ist da jetzt eher die Priorität auf Sauberkeit abgerutscht. Ja, generell, ich finde es immer noch einen wichtigen Antrag und ich glaube, dass es möglich wäre, und eben dass, wenn wir uns an das Mobilitätskonzept halten wollen, das der Gemeinderat bereits 2012 beschlossen hat, in dem das Ziel ist, den Radverkehr massiv zu erhöhen und den Kfz-Verkehr zu verringern, der übrigens einstimmig beschlossen worden ist, dann müssen wir auch zum Thema Sicherheit im Radverkehr etwas machen. Danke. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gut, dankeschön. Ich bringe die Dringlichkeit zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Es ist die Minderheit, damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Dringlichkeit abgelehnt gegen die Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ, Neos.

Wir kommen zum nächsten Stück, auch von den Grünen. Ich darf Frau Gemeinderätin Ribo herausbitten.

D.4) Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten

Gemeinderätin Ribo, MA:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten. Der kürzlich veröffentlichte Prüfbericht des Stadtrechnungshofes zu den Auftragsvergaben der stadteigenen e-mobility GmbH an die Agentur 1 ist der Anlass für diesen dringlichen Antrag. Mittlerweile ist der Bericht uns allen bekannt, aber auch der Öffentlichkeit. Die zahlreichen Ungereimtheiten bei der Auftragsvergabe und bei den Zahlungen an die genannte Agentur zeigen auf, dass im Bereich der Kontrolle dringend Handlungsbedarf besteht. Im Fall der e-mobility und der Agentur 1 veranlasste uns Grüne der Hinweis auf die Zahlung von Monatspauschalen an die genannte Agentur, einen Prüfantrag zu stellen. Die üblichen Kontrollmechanismen haben hier offensichtlich nicht gegriffen.

Ein besonderes Detail des Prüfberichtes sollte uns auch zu denken geben, und zwar der Geschäftsführer der e-mobility beauftragte für rund € 18.000 eine Rechtsanwaltskanzlei, die ihn bei seiner Stellungnahme an den Stadtrechnungshof unterstützte. Ein aus unserer Sicht völlig befremdlicher Umgang mit interner Kontrolle. Es kann nicht sein, dass GeschäftsführerInnen auf Firmenkosten die Dienste von Rechtsanwaltskanzleien in Anspruch nehmen, um dem Stadtrechnungshof Rede und Antwort zu stehen, Auskunft zu erteilen oder zum Ablauf von Geschäftsvorgängen Stellung zu nehmen. Hier ist aus unserer Sicht eine entsprechende Regelung zu implementieren, um so einen Vorgang kein zweites Mal zuzulassen. Ganz offensichtlich ist es, dass wir mehr Transparenz und Kontrolle brauchen, insbesondere in allen unseren städtischen Betrieben und Beteiligungen.

Der Gemeinderat ist das höchste Gremium der Stadt Graz und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz verpflichtet. Wir dürfen nicht zuschauen oder sogar wegschauen, wir sind dazu verpflichtet hinzuschauen, wie mit unseren Steuergeldern und den Steuergeldern der Grazer und Grazerinnen umgegangen wird. Daher stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs folgenden dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat bekennt sich zur Stärkung der Kontrollrechte der Aufsichtsräte in städtischen Betrieben und Beteiligungen. Insbesondere sollen einzelne AufsichtsrätInnen – wie bereits bei der Holding verankert - ein Auskunftsrecht erhalten. Der Stadtrechnungshof wird ersucht, entsprechende Maßnahmen mit der genannten Zielsetzung zu erarbeiten und dem Kontrollausschuss sowie dem Gemeinderat zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen. Punkt 2, der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Stadtrechnungshof um Prüfung der im zuletzt veröffentlichten Stadtrechnungshofbericht (Auftragsvergabe der e-mobility GmbH an die Agentur 1) festgehaltenen und inhaltlich noch nicht geprüften Zahlungen von verschiedenen Stellen des Hauses Graz an die Agentur 1 in Höhe von rund € 460.000. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Beteiligungsreferenten Stadtrat Dr. Riegler, eine transparente Vorgangsweise für die MitarbeiterInnen in den städtischen Betrieben und Beteiligungen bei internen Prüfungsvorgängen auszuarbeiten. Hier soll insbesondere auch auf das Thema des Hinzuziehens externer RechtsberaterInnen auf Firmenkosten bei Stadtrechnungshofprüfungen eingegangen werden. Eine entsprechende ausgearbeitete Vorgehensweise soll dem Gemeinderat bis September 2017 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Danke.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke sehr. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Ehmann. (*Applaus*)

Klubobmann Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen auf der Regierungsbank, geschätzte Antragstellerin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr verehrte Damen auf der Galerie! Ich habe mir erlaubt, mich als Kontrollausschussvorsitzender gleich zu melden, weil der Antrag, der uns da vorliegt, viele Dinge beinhaltet, die bereits im Ausschuss Thema sind und besprochen werden. Ich denke selbst, dass wir hier sehr gut gehandelt haben, sehr gut in dieser Richtung, dass wir gesagt haben, wir setzen sofort, nachdem wir uns unter Allfälliges im letzten Ausschuss beraten haben bzw. das einmal vorstellen haben lassen, wir nutzen die nächste Ausschussmöglichkeit.

Es findet bereits am Montag, am kommenden Montag, statt und nutzen dort den Ausschuss, um uns mit dem Prüfbericht intensiv auseinanderzusetzen. Ich gebe zu, das hat natürlich eine Brisanz und kontroversielle Meinungen gibt es hier von allen möglichen Seiten. Wir wollen hier selbstverständlich unemotional und unaufgeregt und ordentlich damit umgehen und unserer Aufgabe nachkommen in voller Verantwortung selbstverständlich, aber wir werden hier ganz klar am Montag diesen Prüfbericht behandeln. Wir werden dort auch entscheiden, ich habe ja schon vorgeschlagen, dass wir Betroffene auch einladen, in den Ausschuss zu kommen, um auch hier eine Möglichkeit der Stellungnahme, der persönlichen Stellungnahme zu haben, wo wir uns einfach respektive mit dem Bericht auseinandersetzen können und uns hier ein gemeinsames Bild machen können und über die weitere Vorgehensweise beraten und, Kollegin Ribo, bei aller Wertschätzung, aber du sitzt ja eh selber im Ausschuss drin, kannst dort eh alle Fragen stellen, die du fragen willst, und deswegen finde ich den Dringlichen jetzt grundsätzlich in dieser Form etwas überzogen und wir werden der Dringlichkeit in diesem Bereich hier nicht zustimmen, aber auch nicht dem Inhalt, grundsätzlich weil wir hier am Montag bereits in dieser Causa weiterarbeiten.

Nur ganz kurz, eines sei trotzdem gesagt an dieser Stelle: Ich bin sehr froh darüber, dass der Rechnungshof, ich darf auch den Stadtrechnungshofdirektor begrüßen bei dieser Gelegenheit, dass der Stadtrechnungshof sammelt hier Fakten und Grundlagen, um einen Prüfbericht zu erstellen, was er auch getan hat und um uns als Kontrollorgan des Gemeinderates das vorzulegen, unterstützend, bei unserer Arbeit der Kontrolle, die auch zu unseren Aufgaben gehört. Hier geht es weder, das stelle ich noch einmal deutlich fest, um Jagdgesellschaft, um Untersuchungsausschüsse oder sonst irgendetwas. Es geht um ein Kontrollgremium mit einer Grundlage eines Berichtes, die darüber zu befinden haben, was mit dem Bericht passieren wird und mit dem Inhalt und den Empfehlungen und was wir zukünftig tun oder auch nicht tun. Und deswegen glaube ich, sei das an dieser Stelle festgehalten, hier geht es nicht um Verfolgung oder Untersuchung, sondern es geht um Kontrolle und Transparenz. Und die haben sich Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verdient. Danke.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön. Gemeinderat Mogel. *(Applaus)*

Gemeinderat Mogel:

Ja, liebe Gäste! Hoher Gemeinderat! Werter Stadtsenat! Herr Vizebürgermeister! Liebe Kollegin Ribo! Auch wir wollen natürlich alle Umstände rund um diese Causa aus deinem Motivenbericht beleuchtet wissen. Und der Bericht des Stadtrechnungshofdirektors oder des Stadtrechnungshofes dient ja hier als hervorragende Basis für weitere Betrachtungen. Dazu werden wir uns, wie wir auch schon gehört haben, im Kontrollausschuss, das nächste Mal eh schon am Montag, und ich glaube, nicht nur einmal, sondern mehrfach, noch damit auseinandersetzen und das ist auch gut so und wichtig so. Aber genau diese Diskussionen im Ausschuss möchten wir vorher abwarten, um unsere Schlüsse ziehen und vor allem dann auch um geeignete Maßnahmen vorschlagen zu können. Für uns ist dieser Antrag heute einfach verfrüht. Das ist es, deswegen für uns auch nicht dringlich. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gemeinderat Frölich, bitte.

Gemeinderat Mag. Frölich:

Liebe Antragstellerin, Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt geht die Sonne unter, wenn ich anfangen zu sprechen. Wir haben einerseits, um auf den Antragstext einzugehen, haben wir, wie ich glaube, und ich weiß mich da auch weitestgehend einer Meinung mit dem Herrn Beteiligungsreferenten Stadtrat Riegler, wir haben hervorragende Instrumente, was Kontrolle betrifft. Ich erinnere daran, dass wir unter Schwarz-Grün eine umfassende Neuordnung von Kontrollrechten unternommen haben. Wir haben, wie ich glaube, sehr, sehr gute Steuerungsrichtlinien in Hinblick auf das Beteiligungscontrolling. Alle Kolleginnen und Kollegen, die da im Beteiligungsausschuss immer wieder dabei sind, wissen das, wie professionell da gearbeitet wird.

Wir haben ein sehr professionelles IKS in der Stadt Graz und wir haben vor allem eines: wir haben in Österreich ein sehr ausgeprägtes Gesellschaftsrecht, das Ges.m.b.H.-Gesetz sieht da ganz klare Richtlinien vor und wir haben in den Gesellschaftsverträgen oder zumindest im Gesellschaftsvertrag der Holding, weil das hier auch angesprochen ist, verbindlich vorgesehene Prüfungsrechte für den Stadtrechnungshof, in den verschiedensten Varianten.

Insoweit bin ich der Meinung, dass hier ein gutes Gerüst für Kontrollmöglichkeiten existiert. Ich darf aber als mittlerweile 15 Jahre langes Mitglied im Kontrollausschuss schon auch Ihnen allen sagen, dass ich sehr darüber nachgedacht habe in den letzten Tagen, was ich da wahrgenommen habe. Interviews, die der Neo-Vorsitzende Michi Ehmann geben musste, eine Pressekonferenz, ganz offensichtlich gesteuert vom langjährigen Klubobmann und Mitglied des Kontrollausschusses Gerhard Wohlfahrt. Eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit zu einem Stück, das ich noch nicht im Kontrollausschuss offiziell auf der Tagesordnung hatte, das ich noch nicht im Kontrollausschuss diskutiert habe. In diesem Antrag werden Schlüsse gezogen, werden Vorgehensweisen vorgeschlagen unter Bezug auf einen Bericht, den wir zu diskutieren haben werden. Wir werden auch die Konsequenzen und die weiteren Vorgehensweisen zu diskutieren haben. Wir werden zu diskutieren haben, wie wir weiter vorgehen, dass wir hier im Gemeinderatssaal über ein Stück diskutieren, sozusagen in der Peripherie dieses Stückes von der Thematik her diskutieren, da müssen wir darüber nachdenken, ob nicht irgendetwas außer Kontrolle ist, wenn wir diese Vorschriften ernst nehmen, Stichwort Verschwiegenheit.

Das hat, ich sage es jetzt ganz offen, war immer problematisch, das Ganze zu beherrschen, dass man bis zur Beratung im Kontrollausschuss, dass wirklich dann die Kontrollausschussmitglieder erstmalig intensiv sich da auseinandersetzen, bevor hier darüber diskutiert wird. Und ich denke schon darüber nach, dass es unsere Aufgabe als Kontrollausschuss und als Mitglieder des Kontrollausschusses sein wird, dass wir in Zukunft zu einer guten Lösung finden. Zumindest ist die derzeitige Vorgehensweise, dass man am Tage vor dem Kontrollausschuss, wo das Stück auf der Tagesordnung steht, in „Steiermark heute“ Berichte sieht, dass man in allen Medien darüber liest, das halte ich nicht für gut. Ich glaube, wir müssen über eine optimalere Vorgehensweise nachdenken. Für uns ist jedenfalls dieser Antrag nicht dringlich und wir werden auch dem Inhalt nicht zustimmen, weil wir uns, wie Michael Ehmman es gesagt hat, sehr intensiv im Ausschuss ja erst damit auseinandersetzen werden und ich hoffe, es kommt nicht mehr oft vor, dass ich hier an dieser Stelle über einen Bericht des Stadtrechnungshofes sprechen muss, der noch nicht einmal im Kontrollausschuss diskutiert wurde und noch nicht sich auf einer Sitzung des Kontrollausschusses auf der Tagesordnung befunden hat. Danke.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön. (*Applaus*)

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Antragstellerin, bitte zum Schlusswort.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Danke. Ja, wo fange ich an? Ich bedauere sehr, dass es hier keine Bereitschaft dafür gibt, eben die notwendigen Konsequenzen aus diesem Prüfbericht zu ziehen.

Was ich aber, ich bin jetzt am Wort, ich bin jetzt am Wort, bitte! Was ich aber noch mehr bedauere ist, dass hier eben mit unserem Kontrollgremium so umgegangen wird. Für einen transparenten und sparsamen Umgang mit Steuergeldern brauchen wir Kontrollorgane und diese müssen auch mit entsprechenden Rechten ausgestattet werden. Es geht wirklich nicht, dass die Arbeit des Stadtrechnungshofes, unseres Stadtrechnungshofes, mit Begriffen wie Jagdgesellschaft oder Verhör diskreditiert werden und das war so die letzten Tage „Heute“, „Krone“, „Kleine Zeitung“.

So untergraben wir unser wichtigstes Kontrollorgan selbst.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio: Bitte ausreden lassen.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Also ich kann auch lauter werden, also da habe ich kein Problem damit.

Ich gehe jetzt ein bisschen die einzelnen Fraktionen durch. ÖVP: Überrascht mich echt nicht, dass ihr da bei mehr Transparenz nicht dabei seid, no, na. Die Agentur stand euch sehr nahe, ich verstehe das. Ihr könnt nicht zustimmen, habt auch damals beim Prüfantrag nicht zugestimmt als einzige Fraktion. Wahrscheinlich war euch damals schon bekannt, könnte etwas dahinter stecken? Oder vielleicht wusstest ihr es auch, weiß ich nicht. Dann aber zu euch, FPÖ. Also, dass ihr nicht mitstimmt, das überrascht mich schon ein bisschen. Weil damals wart ihr dabei, aber anscheinend gelten jetzt andere Regeln, wenn man in einer Koalition ist, da hat die ÖVP das Ruder in der Hand und ihr müsst euer Stimmverhalten einfach der ÖVP anpassen...

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren, bitte mehr Disziplin.

Gemeinderätin Ribo, MA:

...das ist so. Selbstbestimmung, keine in der FPÖ.

(Applaus)

Weiter SPÖ: Ja, Michael, ich verstehe dich. Stimmt, wir werden am Montag darüber diskutieren, ich werde auch alle Fragen, die noch offen sind, stellen. Trotzdem kann ich nicht nachvollziehen, dass ihr nicht zustimmt. Deshalb nicht, weil das eine schließt für mich das andere nicht aus. Aber schauen wir mal.

Dann ich, oder wir, werden natürlich an dem Thema dranbleiben, das heißt, ich komme mit meinem Antrag wieder. Dann werde ich euch an diese Sitzung noch einmal erinnern, alle. Im Protokoll könnt ihr es auch nachlesen. Also für uns ist das Thema noch nicht erledigt, weil transparent ist hier gar nichts. Danke. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die Minderheit, die Dringlichkeit ist abgelehnt.

Dringlichkeit abgelehnt gegen die Stimmen der Grünen, KPÖ, Neos.

Ich darf Gemeinderat Muhr herausbitten und seinen Antrag vorbringen.

**D.5) Belebung bzw. Mehrfachnutzung des öffentlichen Raumes wie z.B. Annenstraße:
Berücksichtigung durch die Stadtplanung**

Gemeinderat Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc:

Ja, werter Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wenn man in Graz durch die Innenstadt geht, das hat dann ein besonderes Flair und zwar das ganze Jahr über. Egal, ob man jetzt im Sommer in dem Gastgarten sitzt und sich dort amüsiert, oder zu Weihnachten die Adventmärkte besucht, es ist immer was los. Leider gibt es da aber auch einige Straßen oder Stadtteile, wo diese Möglichkeiten nur begrenzt sind. Und da bleiben auch die Besucherfrequenzen und die KundInnenfrequenzen aus, und Handel und Wirtschaft leiden da natürlich darunter in diesen Stadtteilen und diesen Straßen. Da fällt mir ganz besonders die Annenstraße ein und auch die Jakominstraße. Da haben wir schon im Bezirksrat ziemlich lang gekämpft, dass man dort Aktionen setzt, aber es sind zwar politische Aktionen gesetzt worden, wir haben eine wunderbare Laufbahn gekriegt, die sehr viel gekostet hat, schwer zu reinigen ist, also man hat viel Budgetmittel in die Hand genommen, aber es hat schlussendlich auch nicht ausgereicht, diese Straße wieder zu beleben.

Ja, besonders in der Annenstraße, die ist in den letzten Tagen wieder in den medialen Fokus gerückt, und zwar durch die Absage des Flohmarktes. Da wurde durch diverse Auflagen und Verordnungen die Abhaltung für den Flohmarkt ganz einfach und schlicht unrentabel und zwar in Hinsicht auf, dass gewisse bauliche Gegebenheiten vorliegen, wie zum Beispiel ein schmaler Gehsteig, der eine Sondernutzung da nicht möglich macht. Traurig ist es, das diese Initiative von einem Verein ausgeht, der nicht gewinnorientiert ist und dort eigentlich selbst versucht, also die Bürgerinnen und Bürger versuchen dort selbst, diese Annenstraße wieder ein bisschen attraktiver zu gestalten.

Solche baulichen Hemmnisse könnten aber jetzt durch rechtzeitige Berücksichtigung bei der Stadt- wie auch der Verkehrsplanung schon im Vorhinein vermieden werden, damit nicht zum Zeitpunkt der Antragstellung kostenintensive Auflagen oder gar Ablehnungen daraus resultieren.

In diesem Zusammenhang muss man auch sagen, dass insgesamt vielleicht auch ein großes Umdenken passieren sollte, es sollte bei einer Gestaltung des öffentlichen Raumes, ist ein wesentlicher Teil von unserem Zusammenleben, man sollte ihn auch anders nutzen können. Und auch die Behörden sollten da vielleicht ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl entwickeln in dieser Sachlage, ja? Darum denken wir, dass zum Beispiel eine Erstellung eines Kriterienkataloges sinnvoll ist, besonders hinsichtlich der baulichen und der sicherheitstechnischen und so auch die infrastrukturellen Erfordernisse betreffend, so dass Straßen und Plätze bereits so gestaltet und geplant werden, dass sie auch als Erlebnisplätze wahrgenommen werden können und darum stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeindefraktion den Antrag, die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht, unter Einbindung von in der Organisation/Abwicklung von Veranstaltungen tätigen Initiativgruppen einen Kriterienkatalog auszuarbeiten, welche grundsätzlichen baulichen, sicherheitstechnischen und infrastrukturellen Maßnahmen bereits bei der Planung/Gestaltung von Plätzen und Straßen erforderlich bzw. wünschenswert wären, um die im Motivenbericht angesprochene Mehrfachnutzung zu erleichtern und Plätze und Straßen für Veranstaltungen bereits im Vorfeld besser zu erschließen.

Dem Gemeinderat ist bis zum Jahresende ein entsprechender Bericht über diesen Kriterienkatalog vorzulegen, damit in weitergehenden Beratungen abgeklärt werden kann, welche Maßnahmen grundsätzlich in Zukunft bereits im Vorfeld in die Straßen- und Platzgestaltungen einfließen sollten und – im Zusammenwirken mit den Bezirksvorstehungen - was auch sehr wichtig ist, weil die kennen die Gegebenheiten, inwieweit es kurz- und mittelfristig Erfordernisse/Möglichkeiten für entsprechende Adaptierungen von Straßen und Plätzen gibt, um diese besser als Erlebensraum nutzen zu können. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es Wortmeldungen? Bitte, Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin Kaufmann, MMSc BA:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller! Ich war eine der Ersten von denen die erfahren haben, dass diese Veranstaltung abgesagt wird aufgrund der Geschehnisse davor und habe damals gleich auch den Kontakt gesucht zur zuständigen Verkehrsstadträtin und mir wurde eben danach relativ schnell versichert, dass es auch Gespräche geben wird, damit der Annenstraßen-Flohmarkt stattfinden kann, den ich persönlich als Bewohnerin in Lend als eine sehr, sehr wichtige Veranstaltung über Jahre empfinde. Ja, ich bin auch der Meinung, dass es wichtig ist, dass es möglich ist, Veranstaltungen zu machen, und jetzt nicht nur, weil man große Veranstaltungen macht, nicht nur, weil man das öfters wiederkehrend macht und weiß, wie, wo, was, wann, wo man überall hingehen muss, sondern es muss gut zusammenlaufen.

Aber genau das hat auch bereits unser Bürgermeister, Mag. Siegfried Nagl, kundgetan, dass das der Plan ist, auch eine gewisse Strukturiertheit auch zu schaffen und damit auch Ansprechpartner zu vereinfachen für die Bevölkerung und für diverse Veranstalter. Aus diesem Grund ist aus unserer Sicht eigentlich dieser Antrag nicht wirklich dringend, weil es ist am Laufen. Es wird passieren, es wird kommen. Es wird auch, so hat mir die Stadträtin versichert, der Annenstraßen-Flohmarkt stattfinden können, da gibt es Gespräche, also eigentlich zum heutigen Zeitpunkt alles erledigt. Aus diesem Grund werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Frau Stadträtin Kahr bitte.

Stadträtin Kahr:

Ein Großteil, was die Kollegin Kaufmann jetzt gerade gesagt hat, stimmt. Ich glaube, ich war eine Woche für das Straßenamt, das hat nichts mit dem Verkehrsplanungsamt zu tun, sondern mit dem Straßenamt und den Linien Graz, weil die sind sozusagen tangiert mit diesem Annenstraßen-Flohmarkt. Und wie ich das gehört habe selber, also auch von den Kolleginnen, habe ich auch gleich mit den zuständigen Mitarbeitern im Amt gesprochen, und deswegen muss man diesen Motivenbericht einfach korrigieren, nicht das Straßenamt oder die Holding, also die Graz Linien haben den Flohmarkt abgesagt.

Es wäre erstens einmal nicht notwendig gewesen, einen Ersatzschienenverkehr zu machen und b) wären die Kosten auch vom Straßenamt übernommen worden. Das muss man so sagen, also von den Kosten her wäre das jetzt nicht das Problem gewesen. Es ist aber noch eine weitere Auflage und die wird am kommenden Montag leider erst, weil die Veranstalter nicht früher Zeit gehabt haben, weil sonst hätten wir das vielleicht schon früher lösen können, an dem restlichen Problem, nämlich, dass die Anzahl Flohmarktbetreiber und die dabei sein wollen, immer stärker wächst sozusagen, es das Problem mit den Hauseingängen gibt. Und da muss ich natürlich auch sagen, da hat natürlich auch die Behörde gewisse Verpflichtungen, die Sicherheitsbestimmungen einzuhalten.

Aber ungeachtet dessen, also ich glaube, dass wir bei dem Flohmarkt eh eine Lösung finden, um das abzukürzen, aber der Antrag geht ja viel weiter. Und ich würde das sinnvoll halten und man merkt ja auch, dass viele Mandatäre, die sich beschäftigen, oft nicht wissen, wie die Zuständigkeiten sind und erst recht natürlich nicht Antragsteller oder Leute, die gerne sozusagen eine Veranstaltung im öffentlichen Raum machen möchten und deshalb würde ich das eigentlich für sinnvoller halten, eben eine Anlaufstelle zu haben. Die Frage ist, ob das reicht, wenn das jetzt sozusagen in der Stadtbaudirektion ist, sondern da würde ich es schon für sinnvoll halten, dass alle vier Abteilungen, und da ist die Abteilung Immobilien, Straßenamt, da ist die Graz Linien, Veranstaltungsreferat und teilweise auch die Stadtbaudirektion davon betroffen, sie wirklich an einen Tisch setzen und überlegen, wo das geordnet sein kann. Damit der Veranstalter eine Stelle hat, wo er alle notwendigen Informationen erhält, wie er sich und welche Auflagen zu erfüllen sind.

Der Antrag geht natürlich noch ein bisschen weiter, weil es teilweise kommerzielle Veranstalter auch betrifft, spricht nichts gegen die Dringlichkeit, weil es an und für sich ja gut gemeint ist, der Antrag. Deswegen werden wir der Dringlichkeit auch zustimmen, aber es geht eigentlich am wesentlichen Punkt jetzt, wenn man das verknüpft mit diesem Annenstraßen-Flohmarkt, eigentlich vorbei. Weil das sind zwei Paar Schuhe.

Also die Belebung von Straßen für die Innenstadtkaufleute oder für Kaufleute ist ein ganz anderes Thema als wie von gemeinnützigen Einrichtungen, die Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen machen wollen. Und die oft Auflagen haben, wo sie sich schwer tun oder auch zu spät erst die Unterlagen bringen.

Also, das ist ein bisschen alles diffiziler, deswegen braucht es eigentlich eh so eine ämter-übergreifende Gruppe, die sich da etwas überlegt, aber das muss man sagen, das geht sicher nicht von heute auf morgen, und für den Annenstraßen-Flohmarkt, sollte man den konkret hier gemeint haben, gibt es am kommenden Montag ein Gespräch. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön, weitere? Gemeinderat Lohr.

Gemeinderat Ing. Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller! Ich darf mich für meinen Klub kurz zu Wort melden. Es ist ja schon alles skizziert worden. Ich denke, auch bei jeder Veranstaltung ist ja das Straßenamt und die Abteilung für Grünraum und andere Abteilungen eingebunden, sind stets bemüht, eine Einigung auch mit den Veranstaltern zu ermöglichen. Ich vertraue auch den hauseigenen Planungsabteilungen bei der Gestaltung von neuen Plätzen, dass wir da sehr wohl auf die Veranstaltungen Rücksicht nehmen. Ich sehe daher keine Dringlichkeit für den Antrag. Einen Nebensatz noch, nämlich zur Annenstraße. Für die Planung und die Gestaltung dieser Straße war ja seinerzeit die grüne Vizebürgermeisterin verantwortlich. Also wenn es da Beschwerden gibt, bitte sich an die Grünen zu wenden. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich den Antragsteller um seine Schlussworte bitten.

Gemeinderat Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc:

Ja, vielen Dank. Ich glaube, da ist jetzt einmal vielleicht etwas missverstanden worden. Es geht hier nicht nur ausschließlich um den Flohmarkt in der Annenstraße. Es geht generell um geplante Veranstaltungen oder mögliche Veranstaltungen im ganzen Grazer Stadtgebiet. Also damit man hier schon Vorsorge greift, dass so etwas schnell, effizient, kostengünstig, aber auch sicher, aber auch sicher durchgeführt werden kann, wäre es sicherlich sinnvoll, so einen Kriterienkatalog aufzulegen. Ich weiß nicht, wo es ihn gibt, also ich habe das...

Zwischenruf

...nicht eine Stelle, wo alles beieinander läuft. Die Stadtplanung soll sich zusammensetzen, damit man schon die baulichen Maßnahmen dort im Vorfeld definieren kann, wenn man etwas ändert, ja. Man sagt, der Gehsteig braucht ja eine gewisse Breite für das, und das kann man mit der Stadtplanung ja ausmachen, und dann kann man das, wenn das möglich ist, auch umsetzen. Zum Beispiel für einen Flohmarkt.

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte keine Zwiegespräche.

Gemeinderat Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc:

Ok. Was ich dann noch sagen möchte, eben Annenstraße, weil das aufgekommen ist, dass man bei den Hauseingängen die Sicherheiten in den Vordergrund stellt. Ja, es ist klar, Sicherheit ist vorrangig, aber dass man jetzt bei jedem, so wie es gefordert war, oder wie es mir zugetragen wurde, bei jedem Hauseingang zwei Sicherheitsleute hinzustellen, das finde ich doch ein bisschen übertrieben. Es kann ja nicht in jedem Hauseingang alle fünf Minuten ein Auto ein- und ausfahren. Also, das sind diese Fingerspitzgefühle, wo man vielleicht ein bisschen mehr darauf achten sollte. Gut, es tut mir leid, wenn die Dringlichkeit nicht durchgeht. Es leiden darunter sicherlich die vielen initiativen Gruppen, die für diese Straßenteile und für diese Stadtteile etwas machen wollen, die uns eigentlich unterstützen mit ihren Aktionen und die auch Graz erlebenswerter gemacht hätten. Danke. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Somit bringe ich die Dringlichkeit zur Abstimmung. Fürstimmen? Wir machen die Gegenprobe, Gegenstimmen? Keine Mehrheit, damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Dringlichkeit abgelehnt gegen die Stimmen der SPÖ, KPÖ, Grünen und Neos.

Wir kommen zum letzten dringlichen Antrag. Ich darf Gemeinderat Swatek herausbitten.

D.6) Entfall des Benutzungsentgeltes für öffentliche Parkanlagen bei ehrenamtlichen und nicht gewinnorientierten Veranstaltungen

Gemeinderat Swatek, BSc:

Tja, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Mitglieder des Gemeinderates und liebe Zuseher und Zuseherinnen auf der Tribüne! Eine pulsierende, lebhafte Stadt lebt von den Ideen ihrer Einwohner und Einwohnerinnen und der Möglichkeit dieser, sich in ihr zu entfalten. Dabei ist auch ein wichtiger Aspekt, dass diese Personen Veranstaltungen organisieren können im öffentlichen Raum, um für ihre Anliegen auch Gehör zu verschaffen. Das bereichert unter anderem auch das Kunst-, Kultur- und Freizeitangebot unserer Stadt. Viele dieser Veranstaltungen werden von ehrenamtlichen oder nicht gewinnorientierten Vereinen oder Einzelpersonen organisiert und diese haben natürlich nur ein geringes finanzielles Budget zur Verfügung. Jetzt wissen wir alle, dass es draußen wärmer wird und der Sommer kommt und damit auch die Freiluftsaison beginnt, und immer mehr Veranstaltungen sich auch in die städtischen Parks verschieben. Im Februar ist im Stadtsenat ein Benutzungsentgelt für städtische Park- und Grünanlagen beschlossen worden.

Das bedeutet, wenn man eine Veranstaltung in einem der Parks organisiert, muss man jetzt ein Benutzungsentgelt zahlen, das zwischen € 36 pro Tag und € 602 pro Tag beträgt, je nach Größe des Veranstaltungsortes. Viele dieser Veranstalter haben jetzt Probleme damit, dass sie erstens davon überrascht sind, dass sie jetzt ein Benutzungsgeld dieses Jahr erstmals entrichten müssen, und zweitens über die Summe dieses Benutzungsentgeltes.

An mich herangetreten sind zum Beispiel die RosaLila PantherInnen, die das Christopher-Street-Day-Park-Fest organisieren. Die haben insgesamt, man kann sagen, vier Tage Veranstaltungszeit, das sieht so aus, dass das Bier und die Getränke am Freitag geliefert werden, ich glaube, am Sonntag oder am Samstag ist die Veranstaltung und die Getränke werden wieder am Montag abgeholt. Das heißt, theoretisch müssten sie für vier Tage Benutzungsentgelt zahlen, das sind dann Mehrkosten von bis zu € 1.500, die sie auf einmal überraschen. Und deswegen bin ich der Meinung, dass man für ehrenamtliche und nicht gewinnorientierte Veranstalter dieses Benutzungsentgelt einfach entfallen lassen sollte.

Das ist derzeit auch schon in Wien der Fall, da passiert das und ich glaube, dass man das in Graz sehr leicht adaptieren könnte, um in Zukunft dem Aussterben des öffentlichen Raumes mit Veranstaltungen entgegenzuwirken. Es ist halt schon der Annenstraßen-Flohmarkt gefallen, es gibt auch weitere Veranstaltungen, die das in Zukunft betreffen wird, weil die Bürokratie und die Auflagen in der Stadt einfach zunehmen und dem muss man entgegenwirken.

Im Sinne einer lebhaften, pulsierenden und weltoffenen Stadt stelle ich daher gemäß der Geschäftsordnung den dringlichen Antrag, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob ein Entfall des Benutzungsentgeltes für ehrenamtliche und nicht gewinnorientierte Veranstaltungen in den Grazer Park- und Grünanlagen durchgeführt werden kann, wobei mit als Basis für die Überlegungen die Regelung der Stadt Wien herangezogen werden können, wonach soziale und karitative Veranstaltungen, Veranstaltungen aus dem Kinder- und Jugendbereich, Bildungs- und Kulturveranstaltungen und Natur- und Umweltschutzveranstaltungen gebührenfrei sind. Dem Gemeinderat ist bei der nächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön. Gemeinderat Hötzl hat sich zu Wort gemeldet.

Gemeinderat Hötzl:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Ich darf mich für unsere Fraktion der FPÖ zu Wort melden. Wir werden einmal nicht mitgehen, leider. Wir sehen es weder dringlich noch inhaltlich notwendig. Der Grund ist jener, dass wir eben nicht wollen, dass die Parks und die Freiflächen für jeden und alles geöffnet werden, einerseits. Andererseits es geht auch um Einnahmen der Stadt Graz, wiederum andererseits, es gibt auch die Möglichkeit für jeden, der dort eine Veranstaltung machen will und speziell für nicht gewinnorientierte oder gemeinnützige Vereinigungen oder Veranstalter gibt es auch die Möglichkeit einer Subvention. Jeder kann um eine Subvention ansuchen, und wenn es subventionswürdig ist, sagen wir so, dann wird er das auch bekommen. Also man kann das Pferd auch quasi von der anderen Seite aufzäumen, ohne dass man unnötigerweise, sage ich einmal, auf Einnahmen verzichtet und die Parks für, weiß ich nicht, für ... aufmacht. Also weder Inhalt noch Dringlichkeit. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gemeinderat Rajakovics, bitte.

Gemeinderat Rajakovics:

Herr Kollege Swatek, auch wenn Neos draufsteht, ist es nicht neu so ein Anliegen. Es ist eher sehr alt. Ich kann mich erinnern, der Pirat ist mit einem ähnlichen Antrag auch bei der ersten Gemeinderatssitzung gekommen. Das Problem mit dem Gratis ist, dass alles, was gratis ist, nichts wert ist und wir uns in der Stadt Graz eigentlich dazu bekannt haben, dass die Gebühren, die anfallen, die ja deshalb anfallen, weil dort dann jemand wegräumen muss, weil da die Mistkübel extra ausgeleert werden müssen, etc., etc., dass die genau dann, wenn es sich um gemeinnützige Veranstalter handelt, in der Regel auch refundiert werden. Das heißt, es gibt Subventionsansuchen.

Je nachdem, aus welchem Bereich man kommt, und wir refundieren im Ausmaß von über € 300.000 auch nicht gewinnorientierte Veranstaltungen im öffentlichen Raum, die auch gratis zugänglich sind. Das Zweite ist, dass natürlich oft gemeinnützige Veranstalter sind, aber das Ganze nur bedingt jetzt gemeinnützig ist, weil dahinter natürlich trotz allem Professionisten stehen, die dort aufbauen, und eine Veranstaltung braucht nicht drei Tage Aufbau, wenn dahinter nicht auch Organisationen und Firmen stehen, die natürlich auch Geld verdienen daran. Also das ist so eine, was ist gemeinnützig, ist immer ein bisschen die Frage und die Vergleichbarkeit mit dem, was Engagement trotzdem kostet, würde ich einmal als Beispiel den Sport hernehmen. Das ist ausschließlich gemeinnützig und es sind ehrenamtliche Trainer, es sind Eltern, die sich ehrenamtlich kümmern und trotzdem müssen sie für die Turnsäle, die auch zum Teil der Stadt gehören, auch etwas bezahlen.

Einfach deshalb, weil es auch etwas kostet, was man da zur Verfügung stellt. Umgekehrt gibt es jetzt sogar eine neue Förderung für die Sportvereine, für den Nachwuchssport, dass sie diese Kosten auch wieder refundiert bekommen. Also der Weg der Stadt Graz war es immer und es war gerade auch im Zuge, wie wir das Haus Graz auch sehr stark diskutiert haben, muss es nicht auch klar sein, dass alles etwas kostet und wenn, dann müssen wir es auch darstellen und auch immer einheben, damit auch die, die veranstalten, wissen, dass sie da eine Unterstützung bekommen und von wem sie eine Unterstützung bekommen.

Im Falle der Kultur ist das die Kultur, oft ist es auch das Bürgermeisteramt, das dann in allen Bereichen angefragt wird. Aber es gibt eine recht passable Lösung für die meisten Veranstalter, wie sie auch ihre Kosten, die durch die Stadt anfallen, refundiert bekommen können, wenn sie nachweisen, dass es tatsächlich gemeinnützig ist und dass da keine Gewinne entstehen. Das heißt, der Antrag ist nicht ganz neu und ich glaube, dass wir gut beraten sind, diesen Weg weiter fortzusetzen, dass es entsprechend Vorschriften gibt, auch Vorschriften gibt, und dass wir umgekehrt die Veranstalter auch nach Möglichkeit, dass wir den Veranstaltern diese Kosten dann auch wieder ersetzen. Daher stimmen wir logischerweise dem Antrag nicht zu. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Antragsteller bitte zum Schlusswort.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Ich muss ehrlich sagen, dass ich ein kleinwenig enttäuscht bin. Erstens weil der Antrag definitiv neu ist, da das Benutzungsentgelt erst im Februar eingeführt worden ist und das Zweite, weil das Beispiel mit der Müllentsorgung einfach schlicht und einfach falsch ist. Ich zahle für die Müllentsorgung trotzdem, das ist im Benutzungsentgelt nicht inkludiert. Und was ich schon ein bisschen heftig finde, ehrlich gesagt, von Schwarz-Blau ist, dass man sich herausstellt und sagt, dass man das Benutzungsentgelt explizit deswegen eingeführt hat, weil man Leute mit einer finanziellen Hürde davon abhalten will, in den öffentlichen Parks etwas zu organisieren. Und es ist jeder ehrenamtlichen Organisation ... *(Applaus, daher unverstänlich)* ... unfair gegenüber.

Und das Beispiel, dass man sich das Geld eh mit den Subventionen zurückholen kann, naja klar, das ist genau die Art von Bürokratie, die die Grazer und Grazerinnen derzeit davon abhält, das in den städtischen Parks zu organisieren.

Weil jeder, der schon einmal einen Subventionsantrag ausgefüllt hat, weiß, wie verdammt viel Arbeit das ist, und dann muss ich das auch noch bei jedem der einzelnen Bereiche einbringen und habe am Schluss dreizehn oder vierzehn Subventionsanträge? Ich bin da sehr enttäuscht, dass es anscheinend nicht das Commitment der schwarz-blauen Regierung gibt, dass in Zukunft mehr Freizeit- und Kulturangebot in der Stadt herrscht und hoffe, dass vielleicht doch der eine und der andere zustimmt. *(Applaus)*

Bürgermeisterstellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit? Das ist die Minderheit, damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Dringlichkeit abgelehnt gegen die Stimmen der Neos, Grünen, KPÖ, SPÖ.

Wir haben somit die dringlichen Anträge beendet, wir kommen zur Sitzung der nicht öffentlichen Stücke und ich darf bitten, dass die Zuschauergalerie verlassen wird. Ich danke für Ihr Kommen, schönen Abend noch und auf Wiedersehen.